

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus 2,50 M., Halbjahrspreis 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 693, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U., Büttnerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreitägigen Teil einer Zeitungsnummer 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U., Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 26. November 1928

Nummer 275

Große Koalition gegen Kommunismus!

Der Hungerstreik im Ruhrgebiet gültig! — Unternehmer gehen zum Reichsarbeitsgericht — Zusammenschluß proletarischer sozialpolitischer Organisationen in Sachsen — Sprengung des Hirschfeld-Vortrages durch Halentreuzler

Strefemann deckt auf

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.)
Der morgen zusammentretende Reichstag findet eine Situation vor, die charakteristisch wird durch die stattfindenden Fraktionsführungen aller bürgerlichen Parteien und der SPD, die sich mit der Frage der endgültigen Schaffung der Großen Koalition beschäftigen. Die Richtlinien für die sich daran anschließenden interfraktionellen Besprechungen hat der Vorsitzende der deutschen Großbourgeoisie, Strefemann, in dem erweiterten Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der am Sonnabend zusammengetreten war, gegeben. Selten ist ein so unabweisendes Bekenntnis zur Koalition mit der SPD abgegeben worden, als in dieser Rede des Reichsaußenministers vor den Vertrauensmännern der deutschen Schwerindustrie. Selten ist aber auch eine so klare Kennzeichnung des Sinnes der Koalitionspolitik gegeben worden als in dieser Rede. Unter lautem Beifall erklärte Strefemann:

„Wir haben das größte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie gestärkt wird und mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten, um eine Stärkung des Kommunismus zu verhindern.“

Strefemann sprach sich mit dieser Begründung eindeutig für eine Regierung der Großen Koalition im Reich und in Preußen aus. Diese Forderung wurde vom Vorsitzenden der preussischen Landtagsfraktion der DVP, Steudel, unterstützt und auch unser Dresdner Oberbürgermeister Dr. Wäber, der ungekrönte König von Sachsen, forderte unter Hinweis auf die Bewährung der Koalitionspolitik in Sachsen die Herbeiführung der Großen Koalition in Preußen.

Das für die Arbeiterschaft bedeutungsvollste an diesem Zentralauschuss ist die Begründung, die die Führer der Partei der Schwerindustrie für die Koalition mit der Sozialdemokratie angeben. Bei dieser Begründung kommt in unzweideutiger Form zum Ausdruck, welche Rolle die Sozialdemokratie auf Geheiß des Trutskapitals in der Koalitionregierung spielen soll. Strefemann will nicht nur durch die Koalition mit der Sozialdemokratie diese zu einer staatsbürgerlichen Partei erziehen, sondern spricht offen aus, daß die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie in der Koalition in der Niederwerfung der Klassenbewegung, unter Führung der kommunistischen Partei stehenden Arbeiterschaft besteht.

Die vorkommunistischen Führer sehen, wie das auch in dem Bericht des Reichswirtschaftsministers Curtius über die Wirtschaftslage zum Ausdruck kommt, den wachsenden Radikalisierungsprozess in der Arbeiterschaft, der für die Interessen des Trutskapitals eine große Gefahr bedeutet. Sie sind bestrebt, mit Hilfe der Sozialdemokratie diesen Radikalisierungsprozess abzustopfen und damit gleichzeitig die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu schwächen. Die Haltung der Sozialdemokratie zu dem Koalitionprogramm des deutschen Imperialismus und zum Ruhrkampf hat bereits gezeigt, daß die Sozialdemokratie bedingungslos bereit ist, die Funktion in der Regierung zu übernehmen, die ihr die Deutsche Volkspartei als die Partei des Trutskapitals zufließt.

Diese Tatsachen zeigen, wie notwendig der revolutionäre Klassenkampf der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die Koalitionspolitik ist. Das Bekenntnis der Partei des Trutskapitals für die Große Koalition und damit für die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, nachdem sie sich als koalitionsfähig erwiesen hat, ist der Ausdruck des Willens, die Offensive gegen die Arbeiterschaft zu steigern. Diese Kampfaufgabe muß mit der Organisation des politischen Kampfes der Arbeiterschaft auf der ganzen Linie beantwortet werden.

Der Verlauf der Tagung dieses politischen Unterausschusses der deutschen Kapitalisten läßt der Öffentlichkeit keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie ein Schutzschild der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gegen die kommunistische Partei, ist. Mögen alle Arbeiter, mögen besonders die Klassenlosen, die heute noch im sozialdemokratischen Lager stehen, diese Worte des Fraktionsvorsitzenden der Hüttenbarone hören! Das Interesse des werktätigen Volkes ist diametral entgegengesetzt den Interessen der Strefemanns, die in der SPD — ihre stärkste Stütze sehen. Schluß darum mit der SPD! Zusammenballung aller revolutionären Kräfte in der roten Front der kommunistischen Partei!

Der Dresdner Hirschfeld-Vortrag gesprengt!

Wüste Ständchen im Künstlerhaus — Magnus Hirschfeld durch Stinkbomben und Zylinderpfeifen am Schlusswort verhindert — Unter dem Schutz der Arbeiterschaft wird Dr. Hirschfeld doch sprechen

Gestern Abend fand der Vortrag des bekannten Sexualforschers, Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, im Künstlerhaus über „Jugendliche — Kameradschaftliche“ statt. Trotz strömendem Regen war das Haus überfüllt. Nach dem Hirschfeld das Wort ergreifen, wurde man auf das, was folgen sollte, aufmerksam gemacht. Durch den Saal sah man erregt eilig laufende Sipo rennen. Die Buchhandlung Tittmann, als Veranstalterin des Abends, ließ bei Eröffnung besonders darauf hinweisen, daß der Vortrag „rein wissenschaftlich“ sei, und Magnus Hirschfeld erklärte, daß am Schluss des Referates Diskussion — die nicht vorgesehen war! — stattfinden werde. Es ist bekannt, daß Dr. Magnus Hirschfeld seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der Sexualforschung und -aufklärung tätig ist und daß er der — selbst vom Bürgertum — anerkannteste Wissenschaftler auf diesem Gebiet ist. Nebenbei bemerkt, gehört Hirschfeld auch ideologisch zum Bürgertum, aber er ist einer von jenen Wissenschaftlern, die sich weder geistig noch moralisch korumpieren lassen. Rücksichtslos und offen hat er die Ergebnisse der Forschungen auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft zusammengetragen und daraus die Konsequenzen,

soweit er sie von seiner klassengebundenen Weltanschauung aus ziehen konnte.

Das alles aber hielt jene teutschen Halentreuzgeschmückten Mannen, die Bekleideten vom Königin-Luise-Bund und die Pfaffen nicht ab, während des, übrigens leider unter dem Druck des Halentreuzpöbels die wichtigsten Fragen nur andeutenden Vortrages, planmäßig Störungsvorwürfe durchzuführen. Zwischenruf auf Zwischenruf, von denen einer geistloser als der andere war, prasselten herein, und als diese „gebildeten“ Jungen von der Technischen Hochschule damit ihr Ziel während des Vortrages nicht erreichten,

griffen diese „teutschen Geistesarbeiter“ zu — Stinkbomben!! Nur mit größter Mühe konnte der Vortragende seine Ausführungen, allerdings unter starkem Beifall der übergroßen Mehrheit der Anwesenden, beenden.

Jetzt aber wurden die Störungsvorwürfe offen durchgeführt. Etwa ein halbes Duzend Doktoren, ein Handwerksmeister (dem die Rede offensichtlich aufgegeben wurde) im ergrauten Haar, marschierten auf. Aber nicht, um die Tatsachen zu widerlegen, sondern um sich in den absurdesten Redensarten, die sich bis zu einer

mahllosen Beschimpfung des — Juden(!) — Hirschfeld auszuweiten, zu ergreifen. Dann hatte die Versammlung es satt, sich diesen blühenden Anführern noch länger anzuhören, sie verlangte Abbruch der Diskussion, um das Schlusswort Hirschfelds zu hören. Da lezte

ein ohrenbetäubendes Geschrei, Gejohle und Gepfeife von Deutschlands zukünftigen Führern ein, so daß es Hirschfeld unmöglich wurde, zu sprechen. Er mußte auf das Schlusswort verzichten. Auch die sonst so tüchtige Sipo brachte es nicht fertig, für Ruhe zu sorgen.

Der Vortragsabend war gesprengt!
Dresden erlebte eine Neuauflage jenes weit über Deutschlands Grenzen hinaus, Dresden so unsterblich blamierenden Hüttenmannstanzes, wo bezahlte Trutskisten auf Kommando eines „Leutschen“ im Schauspielhaus Tolkens Stück auspufften. Die Direktion des Schauspielhauses hat damals die Segel gestrichen. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß jene Kreise, die gestern ihre „übertragende geistige Stellung“ so drastisch bewiesen, den Herren um Himmels Willen recht nahe stehen!

Bei den hohen Eintrittspreisen für den Abend mußte es sich leider ein großer Teil der Arbeiterschaft verlagen, den Vortrag anzuhören. Sonst wäre es gewiß anders gekommen!

Heute aber können wir schon darauf hinweisen, daß die Dresdner Arbeiterschaft dem Spott der „christlichen“ und menschenhassigen „Jünglinge“ und „Jungfrauen“ ein Ende bereiten wird.

Wie wir erfahren, hat die Arbeiterbuchhandlung Bitterstraße 21 bereits mit Dr. Magnus Hirschfeld Verhandlungen eingeleitet, um ihn für einen neuen Vortrag, der unter dem Schutz der Arbeiterschaft stattfinden wird, zu gewinnen.

Dann wird der Mut jener Leute nicht weiter reichen, als feinerzeit bei der Festlegung des Sozialistischen Gewerkschaftsbundes, wo man nur 3 Mann an die Luft zu befördern braucht, und die anderen sich das Wasser abholen lassen.

Der Schiedspruch bestätigt

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts — Die Unternehmer legen Revision beim Reichsarbeitsgericht ein

Düsseldorf, 24. November 1928.
In der Berufungsverfahren der Feststellungsfrage in der nordwestlichen Gruppe vor dem hiesigen Arbeitsgericht verlor die der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Krauer, nach etwa zweitägiger Beratung des Gerichtes nachfolgendes Urteil:
Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil vom 12. November dahin abgeändert: Die Klage wird abgewiesen und der Kläger wird verurteilt, die Kosten zu tragen. Der Wert des Objektes wird auf eine Million Mark festgesetzt.

Im Düsseldorf, 24. November. Nachdem das Landesarbeitsgericht Duisburg in der Berufungsinstanz die Klage des Arbeitgeberverbandes Nord-West abgewiesen hat, wird, wie die II. erklärt, von dieser Seite das Reichsarbeitsgericht angerufen werden. Von Arbeitgeberseite wird erneut betont, daß es sich für den Arbeitgeberverband Nord-West in dem gegenwärtigen Streit nicht um einen rechtlichen, sondern in der Hauptsache um einen wirtschaftlichen Kampf handelt, der durch den Ausgang des Rechtsstreites nur unwesentlich beeinflusst werde.

Unabhängig des Ausgangs der Berufungsverfahren vor dem Duisburger Landesarbeitsgericht werden entsprechend der Vereinbarung vom letzten Dienstag die Verhandlungen beim Düsseldorfener Regierungspräsidenten zur Beilegung des Eisenstreiks voraussichtlich am Montag fortgeführt werden. Eine amtliche Einladung des Regierungspräsidenten liegt allerdings zur Zeit noch bei keiner der Parteien vor.

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts hat den Hungerstreik, der zum Abschluß des Tarifvertrages für die Nord-

West-Gruppe gestiftet wurde, für gültig erklärt. Die vorläufige mündliche Begründung, die dem Urteilspruch beigegeben wurde, hebt aber praktisch das Urteil wieder auf. Es heißt darin, daß der Schiedspruch zu Recht bestünde, weil er ordnungsgemäß gestellt sei, daß er aber doch eigentlich angreifbar sei, weil er tatsächlich einen Eindruck in den Rahmenvertrag darstelle. Das Landesarbeitsamt deckt damit den Unternehmerstandpunkt. Es gibt den Unternehmern das Stichwort, das von ihnen sofort aufgegriffen wird, indem sie durch die Presse die Mitteilung verbreiten, daß sie formell und sachlich im Recht seien.

Der Spruch des bürgerlichen Landesarbeitsgerichtes bedeutet praktisch nichts anderes als ein Hilfsmittel für die Abwärtsgangaktion, die im Geheimkabinett des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergmann fortgeführt wird. Das Arbeitsgericht, das äußerlich die Unternehmerklage „zurückweist“, dient auf die wirksamste Art den Unternehmerinteressen. Es preßt die ausgepeirten Arbeitermassen in doppeltem Sinne: einerseits bestätigt es den Hungerstreikspruch des Schlichters und andererseits gibt es den Hüttenbaronen die beste Möglichkeit, die Aussperzungsoffensive durch den Appell an das Reichsarbeitsgericht fortzuführen. Die Reformisten werden aber weiterhin den gewaltigen Klassenkampf an der Ruhr zu einer Rechtsfrage zu erklären versuchen. Damit aber werden die Hüttenbarone in ihrem Kampfe gefehlt und den Scharfmachern bedingungslos ausgeliefert.

Die Antwort der Arbeiterschaft auf das Duisburger Urteil muß lauten: Beschleunigte Fortsetzung des Kampfes für die alten Forderungen! Verbreiterung der Kampffront durch die Solidarität der Arbeiterschaft im ganzen Reich!